

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage *Leben, Wissen, Werk* einschließlich Beigabe monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 8.00 M., unter Einschluss für Domänen und Gewerbesteuern. R. 8.00. Erreicht täglich mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage.

Redaktion: Westertorplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Erschließung: Westertorplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abfertige werden die gehaltenen Beiträge mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt erhöht, ebenso auf Verleihungen. Abfertige müssen bis spätestens 10 Uhr in der Expedition abgegeben sein und sind umsonst zu begutachten. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 54.

Dresden, Dienstag den 6. März 1917.

28. Jahrg.

Eine stürmische Nationalratstagung der französischen Sozialisten.

Trotz den offenkundig gewordenen ungemeinen Erfolgsszenen der Entente-Mächte beharrt die Wehrheit der französischen sozialistischen Partei bei ihrer Widerstand an der Kriegspolitik ihrer Regierung und bei der Abwendung internationaler Friedensbemühungen!

Wohl ist die Wehrheit sehr erstaunt, diese Wehrheit, die in wesentlichen Punkten dieselbe Politik vertritt wie die deutsche Wehrheit, die zwar auch in der Frage des Völkerkrieges Erbauerpläne vertritt, die aber die Annahme der internationalen Beziehungen zum Zweck der Friedensabschaffung fordert. Aber die sozialistische Wehrheit, die im Ministerium Siey hat, hat wiederum auf der Nationalratssitzung den Sieg davongetragen.

Man gedenkt der Kriegsziele der französischen Regierung, in der Note der Entente vom 12. Januar 1917 an den Präsidenten Wilson aufgestellt wurden. Darin wurden nicht nur Wiedergutmachung, Sicherstellungen und Vergütungen, sondern auch ein ganzes Programm europäischer Unabhängigkeiten und Eroberungen. Gerner wurden in der Note an Wilson geschrieben: „Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten entstanden sind; Loslösung der Italiener, Bananen, Tschechen und Slowaken von Österreich-Ungarn, Aufhebung der Türkei und völlige Vertreibung der Osmanen aus Europa. Angeleitet derzeitige militärische Eroberungsziele“ gehört der französische Nationalrat mit Wehrheit, „dass sie die Partei sich bemühen wird, die Politik ihres Landes in eine Richtung zu lenken, die jeden Gedanken an Erbauerungen und Annexionen ausschließt“, dient aber nicht daran, sich von der Eroberungspolitik der Entente loszuhalten.

Es scheint auf der Nationalratstagung sehr stürmisch zu gehen. Die Gegenseite zwischen den in der Nähe befindlichen Befürwortern der Wiederaufnahme der Beziehungen zu den Sozialisten aller Länder und den Gegnern dieser Bestrebungen haben sich außerordentlich verständigt. Dies ist ein brauch erfreuliches Zeichen für die Entwicklung des Friedensstaats in Frankreich. Seit zwei Jahren hat sich die soziale Sozialdemokratie aufs äußerste bemüht, die internationalen Beziehungen wieder herzustellen und in den Händen anzubauen. Alle Bemühungen endeten in Enttäuschungen. Jetzt, da der ungewöhnliche Krieg in ein neues Stadium von durchdringenden Eroberungskämpfen getreten ist, eben endlich auch in Frankreich wenigstens eine starke Wehrheit für eine Friedenspolitik einzutreten zu wollen, könnte diese Entwicklung in Frankreich recht bald zu voller Entfaltung gelangen!

Es liegen folgende Nachrichten über den Verlauf der Nationalratstagung vor. Eine volle Klarheit über die Vorfälle bei den französischen Sozialisten gewähren diese Berichte allerdings noch nicht.

Den 5. März. Auf dem gestrigen Sitzung der Delegierten des Vorworts der Freier Abgeordnete wurde von der Fraktion der Regierungsgegner. An einer Verschönerung dieser Gruppe wurde beschlossen, dem Parteitag die Entscheidung darüber anderthalb Stunden, ob der Moment gekommen sei, mit den Sozialisten aller anderen Länder in Verbindung zu treten. Neben den Beratungen über Verhandlungen des Parteitages ist folgendes in die Debatte eingeflossen: Der Minister Thomas befand sich unter den Anwesenden. Der vornehmste Minister Gambetta war eifrig bemüht, ein Kompromiss zwischen den beiden einander konkurrierenden Fraktionen zu suchen. Die erste Debatte geht der Frage, ob der Delegierten, insbesondere italienischen Sozialisten für den internationalen Parteitag, nur vier Stimmen zu bewilligen, oder zehn abzugeben sei. Die Abstimmung hierüber sollte eine Kompromisslösung zwischen den beiden Fraktionen fördern. Nach dem Stolz mit 1882 gegen 1860 Stimmen beschlossen, an der Einladung der italienischen Sozialisten nichts zu ändern und der Gesamtvereinigung des internationalen Parteitages alles Weitere zu überlassen. Vor der Schlusshälfte wurde bekanntgegeben, dass die italienischen Genossen auf Wiederaufnahme der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten bestehen und ihre Teilnahme an der internationalen Konferenz von der Billigung dieser Ausschaltung aus den Parteien Sozialisten abhängen machen. Der Genossen rief erläuternd dagegen, er sei zu der Verhinderung ermächtigt, dass englischen Sozialisten an der Konferenz nicht teilnehmen könnten, falls die Tendenz mit den Sozialisten der Weltmarktführer angreifen würde. Unter dem Eindruck dieser Erklärung erfolgte die Abstimmung. 1549 Stimmen versetzten jede Erweiterung des Programms der internationalen Konferenz, 1881 sprachen sich im Sinne der russischen Interessen schließlich verliehen mit geringen Ausnahmen die Delegierten der Kinderheit des Vereinigungsausschusses aus.

Am 6. März. Auf einer Nachsitzung nahm der Nationalrat den Vorschlag Professors an der Berliner Universität Milbank an, den amtierenden Vorsitz des Internationalen Sozialistenbureaus zu besetzen, alle Abteilungen der Kriegsführer und der Neutralen zu besetzen, Berichte über ihre Tätigkeit vor dem Kriege und während des Krieges sowie hinsichtlich der Wirtschaftsverhältnisse. Nach sehr langer, widriger Beratung nahm der Nationalrat diesen Antrag fast unisono an. Die französische Abteilung hat seit Beginn der nationalen Verteidigung ihre volle Mitwirkung gezeigt. Sie erklärt, dass sie sich bemühen wird, die Politik des Landes in eine Richtung zu lenken, die jeden Gedanken an Eroberungen ausschließt, den Frieden und die Achtung vor den

Häftiger Artilleriekampf an der Somme.

(W. T. V.) Amlich. Großes Hauptquartier, den 6. März 1917.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem rechten Somme-Ufer nahm gegen Abend der Artilleriekampf große Heftigkeit an. Nach Trommelschlag griff der Angreifer östlich von Bouchoisnes erneut an. Sein Angriff wurde abgewiesen, ein weiterer durch uns bestimmt verdeckt.

Der überigen Frontabschnitten herrschte bei Schneefall meist geringe Feindseligkeit. Erkundete, die den Verlauf der französischen Stellung am Couriers-Walde gegenüber den von uns dort gewonnenen Linien festhielten, brachten noch 15 Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Ein Angriff der Russen gegen unsere Stellungen führte von Besetzung feierte.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Wohlen Orléans und Trespa-See wurde eine französische

Befreiung überwältigt und gefangen.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Wie verhält sich China?

London, 6. März. Die Blätter veröffentlichten folgende telegraphische Nachrichten aus Peking: Nach einer Debatte aus Peking sich das Parlament einstimmig zugunsten des Abbruches der Beziehungen zu Deutschland ausgesprochen. Der Präsident hat dies nicht gestellt und erklärt, ihm allein keine Verantwortung über dieses Recht zu. Der Premierminister ist zurückgetreten. Die übrigen Minister werden wahrscheinlich das gleiche tun. — Nach einer Neueröffnung aus Peking in der Rücktritt des Ministerpräsidenten erfolgt, nachdem es zwischen ihm und dem Präsidenten zu einer Spur gekommen war. Die Dimission wird wahrscheinlich nicht angenommen werden. In der Haltung Chinas gegenüber Deutschland hat sich nichts geändert.

(Wie geben diese Nachrichten mit allem Vorbehalt wieder, da über den Inhalt weder dem Autorenligen Kritik noch der tiefen chinesischen Gesellschaft amtliche Nachrichten vorliegen.)

Unterbindung der Munitionszufuhr durch die U-Boote.

Amsterdam, 6. März. Der Direktor des Arsenals von Oberhausen teilte mit einem Pariser Büro mit, dass seit Beginn des verschärften Unterseebootkrieges nur vier Dampfer mit Kriegsmaterial aus überzeigenden Ländern französische Häfen erreicht hätten. Angenommen seien keine mit der Bestimmung für Frankreich unterwegs.

Sofortige Parlamentsneuwahlen in Australien.

Rotterdam, 6. März. Dem Kiewer Rotterdamerischen Courier zufolge meldet London Telegraph-Kampagne aus Melbourne: Die australische Bundesregierung hat sofortige Neuwahlen für beide Hälften des Parlaments beschlossen. Infolgedessen ist die Übernahme von Hughes und der anderen Minister, die an der Reichskonferenz in London teilnehmen sollten, auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

Rechten der Nationen durch eine internationale Einrichtung wiederhergestellt und die Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens tatsächlich sichert. Der Kongress ist mit dem von der belgischen Arbeiterspartei angenommenen und veröffentlichen Antrag einverstanden und erklärt: Die Konferenz, an der die Abgeordnete der Partei teilnehmen werden, bedenkt keine Veränderung der Haltung in der Frage der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen. — Die Wehrheit erfordert eine lange Entschließung, die die Auflösung der Kommission von Zimmerwald und Kienthal zurückweist. Die Entschließung wurde von Rednern der Zimmerwald-Richtung lebhaft befürwortet. Der Antrag der Wehrheit wurde schließlich angenommen und die Sitzung darauf geschlossen.

Bern, 6. März. Die blauen Männer melden, dass es kurz vor Schluss der Sitzung des Nationalrats der sozialistischen Partei zu heftigen Lärmzäzzen. Die Ordnung in der Debatte wurde mehr und mehr auf. Dies bewirkt eine große Anzahl junger Leute, die sich Einklang in den Sitzungssaal erzwungen hatten, die Sitzung zu unterbrechen. Fensterläden wurden eingeschlagen. Der Tumult war derart, dass die Delegierten den Saal verlassen mussten.

Scharfe Angriffe in der russischen Duma.

Kopenhagen, 5. März. Die erste Dumasitzung ist nach Berichten der russischen Presse verhältnismäßig ruhig verlaufen. So gegen vierzig der zweite Sitzung vom 28. Februar außerordentlich ereignet infolge der gegen die Regierung gerichteten Angriffe. Der Hauptredner, Abgeordneter Miljukow, röhnte aus, dass Schneiden des Ministerpräsidenten am Eröffnungstage sei sehr vielversagt. Die Regierung habe nichts mitgeteilt, was zur Zusammenarbeit zwischen ihr und der Duma führen könne. Unter der Duma steht das ganze Volk, hinter der Regierung nur die durchaus konservative Clique. Die innere Lage Russlands sei verderbt, denn sie ist zuvor. Die Duma wolle mit der Regierung keinen Frieden schließen, sondern den Widerstand der Regierung überwinden. Der Führer der Arbeitsgruppe, Krounki, war noch schärfer. Er sagte, der kritischste Punkt des Krieges sei gekommen, über dessen Ausgang er sehr pessimistisch dachte. Es sei einfällig, von der Eroberung Konstantinopels zu sprechen, wenn man nicht bestünde sei, das ganze Land zu verteilen. Das ganze System der Regierung müsse geändert werden.

Die Aufgaben der Übergangswirtschaft.

Von Paul Umbreit.

Wenn die Welt zum Frieden zurückkehren wird, dann werden viele neue Verhältnisse geschaffen sein. Die Weltwirtschaft wird Veränderungen aufweisen, nicht minder die Handelsbeziehungen und die Wirtschaftskräfte der verschiedenen Völker. Die Kriegsbeteiligten werden sich erst von dem Überdruss an Wollkraft und Nationalvermögen erholen müssen, um zwischen den unterliegenden, während manche Neutralen während des Krieges wirtschaftlich erstaunten und sich in den Handel einzumischen.

* Der obige Artikel ist der erste einer Reihe, die wir aus dem Archiv des Genossen Paul Umbreit, des leitenden Abgeordneten des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften, im Verlaufe der nächsten Woche veröffentlichen werden.

der Kriegsführer geteilt haben. Das fünfjährige Kriegsverhältnis wird sich also erst noch im friedlichen Ringen vergraben müssen. Ehe wir aber zur alten Friedenswirtschaft zurückkehren können, wird ein Übergangsstaat kommen, in dem zunächst die Kriegswirtschaften zu überwinden sind, eine kritische Periode, die dem Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft entspricht. Sie kennzeichnet sich durch das Aufkommen oder Nachlassen der ungeheuren Heeresaufträge, deren ungezählte Millionen während des Krieges die Wirtschaftswelt belasten, durch die Rückkehr der Millionen von Kriegsteilnehmern in die Heimat, von denen ein großer Teil nicht gleich Beschäftigung finden wird, durch die Massenverschwendungen der Eisenbahnen für Transportzwecke, durch den Mangel an Rohstoffen für gewisse Industrien und vor allem durch den Mangel an Schiffstrauß infolge des jahrelangen Seetriebes. Auch der Geldmarkt wird wieder schwer danebenliegen, sofern nicht größere Kriegsentschädigungen den Kreislauf heben. Arbeitslosigkeit und Not werden wieder eintreten und öffentliche Hilfsaktionen notwendig machen.

Die Voraussicht dieser nächsten Kriegsfolgen hat schon jetzt getaumelter Zeit zahlreiche Gemüter erfüllt. Wirtschaftsverbände, Spezialpolitiker und Regierungen beschäftigen sich seit mehr als Jahrzehnt recht einheitlich mit den Problemen der Übergangswirtschaft. Die Gewerkschaften aller Richtungen waren die ersten, die im Januar 1915 die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lage des Arbeitsmarktes beim Friedensschluss hinlenkten und im März 1915 eine neue Regelung der Arbeitsvermittlung durch das Reichsgesetz forderten. Im Zusammenhang mit der Übergangswirtschaft steht auch die Kriegsbeschaffung, die besteht ist, die Kriegsindustrien möglichst einem Arbeitserwerb zu zuführen und ihre Arbeitskräfte durch den Übergangswirtschaft zu erhalten. Schließlich wurde auch durch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Ostpreußens für die Übergangswirtschaft eine wertvolle Voraussetzung gelehrt. In vorausschauender Weise hat vor allem die Reichsregierung Vorbereitungen durch Errichtung eines Reichskommissariats für Übergangswirtschaftschaften im Oktober 1916 getroffen. Als seine Hauptaufgaben bezeichnete der Staatssekretär Dr. Helfferich in einem am 14. Oktober 1916 gehaltenen Vortrag: 1. Die Jurisdiktion der Soldaten in die Übergangswirtschaft. 2. Die Beschaffung notwendiger Arbeit. 3. Die Kriegsbeschaffungsförderung. 4. Die Herausziehung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte. 5. Die Wiederherstellung der zum Teil aufgehobenen Arbeitsbeschaffungsförderung. 6. Die Zusammensetzung und Steigerung der Produktion. 7. Bildung des Kapitals für Friedenszwecke. 8. Kreditbeschaffung für feststehende und illegale Anlagen. 9. Kreditbereitstellung für südliche Grundbesitz und für die Handelsfahrt. 10. Wiederbelebung des Handels. 11. Verbesserung der Währung und 12. Volljährigkeit der in Kriegsanleihen festgelegten Kapitalien. Im ganzen unterschied der Staatssekretär drei Hauptprobleme: a) Arbeitserwerb, b) Kapitalbeschaffung und c) Rohstoffversorgung.